

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

10.5.1906 (No. 157)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 10. Mai.

№ 157.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

Amthlicher Teil.

Das Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 5. Mai d. J. den Gerichtsschreiber Ludwig Kleiber beim Amtsgericht Bühl zum Kanzleiassistenten beim Landgericht Offenburg, sowie den Hilfsregistrator Franz Fertig beim Amtsgericht Mannheim zum Registrator bei diesem Gerichte ernannt.

Mit Entschlüssen Großh. Ministeriums des Innern vom 5. und 10. April d. J. wurde
1. Amtsregistrator Leopold Schmelzle in Bommendorf zum Bezirksamt Breisach versetzt,
2. dem Amtsaktuar Georg Schmittelm beim Bezirksamt Nehl die etatmäßige Amtsstelle eines Registrators beim Bezirksamt Bommendorf übertragen.

Nicht-Amthlicher Teil.

Die Sommertagung des württemb. Landtags. — Stuttgart, 9. Mai.

Der Sommertagung der Ständeversammlung, die gestern begonnen hat, kommt eine besondere Bedeutung zu. Denn in dieser Tagung muß sich das Schicksal der beiden großen Gesetzgebungsorgane, der Verwaltungsreform und der Verfassungsrevision, die in ihren Grundgedanken das Land seit Jahren, ja Jahrzehnten beschäftigt, endgültig entscheiden. Zur Gemeinde- und Bezirksordnung haben bereits beide Kammern die erste Stellung genommen, und es beginnt jetzt die Ausgleichsarbeit, die das letzte Stadium in der Verabschiedung umfangreicher, schwieriger und verwickelter Gesetzentwürfe zu sein pflegt. Das Wort ist jetzt zunächst wieder an der Abgeordnetenkammer. Deren Kommission hat die abweichenden Beschlüsse der Ersten Kammer auch schon vorberaten, hat ihnen in manchen Punkten Rechnung getragen, ist aber auch bei nicht wenigen Fragen auf den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer beharrt. So ist noch ein wiederholtes Hin- und Hergehen der Vorlage zwischen beiden Häusern in Aussicht zu nehmen. Immerhin aber ist man sich bereits so nahe gekommen, daß mit dem Zustandekommen der Verwaltungsreform jetzt wohl mit Bestimmtheit gerechnet werden kann. Und zwar ist die Situation die, daß in den wenigen Fragen, auf die sich schließlich die Entscheidung zuspitzen wird, es an der Abgeordnetenkammer ist, den letzten Schritt gegen den gemeinsamen Standpunkt der Regierung und der Ersten Kammer entgegenzukommen, wenn nicht sie die Verantwortung treffen soll, den Entwürfen sozusagen vor dem Scheitern umgeworfen zu haben. Auch die auf Ende des Jahres bevorstehenden Neuwahlen müssen es der Abgeordnetenkammer dringend wünschenswert machen, vor den Wählern nicht mit leeren Händen zu erscheinen. Eine Gefahr könnte daher für die Verwaltungsreform höchstens dann noch sich erheben, wenn infolge eines unglücklichen Laufs der Verfassungsrevision eine die nächste Erwägung zurückdrängende Gerechtigkeit zwischen beiden Häusern der Ständeversammlung entstände.

Bei der Verfassungsrevision ist die Erste Kammer am Wort. Deren Kommission hat alsbald nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten aus seinem Krankheitsurlaub die Beratung der Vorlage in der Form, die ihr die Abgeordnetenkammer gegeben hat, begonnen und verhältnismäßig rasch zu Ende geführt. An einer „positiven“ Mitarbeit der Kammer der Ständeherren bei der Verfassungsrevision war — das lehrt schon der Vorgang von 1898 — niemals zu zweifeln, das Schicksal der Reform wird auch in diesem Fall nur daran hängen, ob unter der ehrlichen Mäklerschaft der Regierung eine Verständigung zwischen beiden Häusern zu erreichen ist.

Die dritte Hauptaufgabe der Sommertagung wird dann das Gesetz über die Gewerbebetriebe sein, das aus der Kommission, an die es nach einer allgemeinen Beratung verwiesen wurde, wiederum zunächst vor die Abgeordnetenkammer kommt. Diese Kommissionsberatung hat einige Differenzen sowohl zwischen den Parteien in der Kommission, als zwischen den Kommissionsbeschlüssen und den Wünschen der beteiligten Handwerkerfreie zutage treten lassen, Differenzen, die aber kaum bedeutend genug sein werden, um dem Gesetz ernstliche Schwierigkeiten zu bereiten. — Zur Ausführung von Lücken im Gang der Beratungen liegen Eisenbahnpetitionen bereit, darunter die Denkschrift über die Schönbachbahnen, eine Materie, der es vielleicht noch beschieden ist, bei der, gleich der jüngsten Wahl in Marbach, bedeutungsvollen Ertragswahl im Oberamt Böblingen eine Rolle zu spielen. — Die Gerichtskostenordnung, deren Kommissionsberatung gleichfalls begonnen hat, wird die Sommertagung schwerlich beschäftigen, sondern voraussichtlich mit anderem Beratungstoff auf den Herbst hinausgeschoben werden.

Aus der Mitte des Abgeordnetenhauses ist angekündigt eine Interpellation über die in der Presse bereits in Diskussion genommene Frage der Schaffung eines eigenen Verkehrsministeriums. Die Interpellation hat zur Voraussetzung die Annahme, daß der an Herzogthum erkrankte und jetzt zur Erholung in Lugano weilende Minister des königlichen Hauses, der auswärtigen Angelegenheiten und der Verkehrsangelegenheiten, Frhr. v. Soden, in sein Amt entweder überhaupt nicht mehr oder nur noch auf kurze Zeit zurückkehren wird; Sichereres über das Befinden und die Absichten des Ministers ist nicht bekannt. Bei dem Gedanken, im Falle eines Wechsels in diesem Ministerium eine organisatorische Aenderung vorzunehmen, spielt auch nach anderer Seite ein persönliches Moment mit herein, sofern Staatsrat von Balz, der gewissermaßen der Unterstaatssekretär der Verkehrsangelegenheiten ist (von der Regierung war schon unter Frhr. v. Wittnacht der Vorschlag gemacht, für Herrn v. Balz einen wirklichen Unterstaatssekretärposten zu schaffen), als der gegebene Verkehrsminister betrachtet wird. In sachlicher Beziehung wird geltend gemacht, daß es eine natürlichere Regelung der Dinge wäre, wenn man die Verkehrsangelegenheiten selbständig machen und ihnen das jetzt mit dem Ministerium des Innern verbundene Straßen- und Wasserbaurewesen angliedern würde, während das Ministerium des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten dann mit einem anderen Ressort zu verbinden wäre. Es läge nahe, dabei an das Justizministerium zu denken, die Interpellanten Hauptmann und Liesching (Volksp.) sprechen in ihrer Anfrage von einer Uebertragung „an den Präsidenten des Staatsministeriums“, eine Funktion, die an sich mit jedem Ministerium verbunden werden kann, und im Laufe der Zeiten auch schon mit verschiedenen Ressorts verbunden war. Alle diese Erörterungen in der Presse sind nicht vorübergegangen ohne Angriffe von demokratischer Seite auf den kgl. Gesandten in Berlin, Frhr. v. Barnbiller, von dem man annimmt, daß er, falls der jetzige Zustand der Verbindung von auswärtigen Angelegenheiten und Verkehrsangelegenheiten aufrecht erhalten bleibt, die meiste Anwartschaft auf das eventuell frei werdende Ministerium hätte. Die Befürworter der Trennung stützen sich besonders auf den Vorgang in Bayern, das in den letzten Jahren auch ein eigenes Verkehrsministerium geschaffen hat. — Falls nicht die Abwesenheit des verantwortlichen Ministers (Frhr. v. Soden) ein Hindernis bildet, sind in der Abgeordnetenkammer wohl auch noch Anfragen zu erwarten über den nunmehrigen Stand der Personentarifreform, in der die endgültige Stellungnahme Württembergs, insbesondere zu der Frage der vierten Klasse, noch nicht bekannt gegeben ist, und über das Scheitern der Betriebsmittelgemeinschaft. Auch die Stuttgarter Vorarbeiten haben wenigstens der volkswirtschaftlichen Kommission Anlaß zu einer Anfrage gegeben, deren Beantwortung wohl im Plenum moniert werden wird.

Zur Entstehung des Streiks in der Metallindustrie.

Die Entwicklung des gegenwärtigen Kampfes zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Gesamtverbande Deutscher Metallindustrieller läßt sich am besten verfolgen an der Hand der Aufzeichnungen der beiderseitigen offiziellen Publikationsorgane.

Am 22. April veröffentlichte die „Deutsche Arbeiterzeitung“ folgende Erklärung:

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat am 19. April eine Ausschüttung abgehalten, in welcher der Deutsche Metallarbeiterverband ins Werk gezeigten Streiks von Effizienzarbeitern und die daraus entstandenen Aussperrungen einer Besprechung unterzogen wurden. Die Angelegenheit soll in dieser Woche in allen Bezirksverbänden weiter beraten werden, und am 2. Mai soll der Ausschuss des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller wieder zusammentreten, um darüber Beschluß zu fassen, in welcher Weise den angegriffenen Bezirksverbänden Hilfe gebracht werden soll. Es kann sich dann um sehr folgenreiche Beschlüsse handeln.

Am 5. Mai veröffentlichte die „Metallarbeiterzeitung“ einen Aufruf des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an seine Mitglieder:

(Mit einer Beilage und einer Landtagsbeilage.)

Seit einigen Wochen befinden sich die Formier- und Gieberei- und Hilfsarbeiter in Aachen, Braunschweig, Breslau, Dresden und Hannover im Streik und ebensolange sind über 20 000 in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigte Arbeiter ausgesperrt, weil die Unternehmer die bekannten geringfügigen und daher leicht erfüllbaren Forderungen der Giebereiarbeiter nicht nur abgelehnt haben, sondern es nicht einmal für notwendig hielten, wie beispielsweise in Dresden, auch nur mit den Kommissionen der Arbeiter über deren Forderungen sachgemäß zu verhandeln. Man erklärte den Arbeiterkommissionen einfach, daß man die verlangten Arbeitslöhne ebensowenig bewilligen könne, wie die Sicherstellung der Preise für ausprobierte Afforde gegen willkürliche Lohnabzüge. Entsprechend dem genugsam bekannten und infolge der Vorschriften des Metallindustriellenverbands für seine Mitglieder auch innerlich unabwehrlichen „Herrn im Hause“-Standpunktes wollen die Unternehmer nach wie vor die Arbeitsverhältnisse einseitig regeln und die Arbeiter nach Gutdünken entlohnen. Sie lehnen die Festsetzung „bestimmter Normen“ mit dem gänzlich unzutreffenden Einwand ab, daß eine „schablonenhafte Ordnung“ nicht möglich wäre. Und doch sind es gerade die Unternehmerorganisationen selbst, die durch ihre bisherige sozial rückständige Stellung zu den wichtigsten Arbeiterfragen der Gegenwart alles schablonisiert und dadurch jedweden gesunden Fortschritt verhindert haben. Der Metallindustriellenverband (nicht die Giebereiarbeiter, denn diese sind aussperrungsmüde und wollen sich mit ihren Arbeitern verständigen) will nicht nur die bereits inszenierten Aussperrungen entschieden durchführen, sondern sie durch Aussperrung über ganz Deutschland bedeutend erweitern. So sieht denn in der Metallindustrie der Ausbruch eines Niesenlampes bevor, wie ihn ähnlich diese Industrie in Deutschland noch nie gesehen hat. In dieser Situation mußte der Vorstand Stellung nehmen und rasch und entschieden handeln. In Gemeinschaft und Uebereinstimmung mit dem Beirat hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschlossen: vom 12. Mai an bis auf weiteres einen Ertragsbeitrag von wöchentlich 25 Pf. von den männlichen Mitgliedern zu erheben. Es gilt, Vorbereitungen für den Fall zu treffen, daß die Unternehmerorganisation ihre Androhung der Erweiterung der Aussperrung wahr macht. Wohl sind die Verbandsmittel zur Durchführung der übernommenen Kämpfe mehr als ausreichend, es gilt aber allen Eventualitäten gegenüber genügend gerüstet zu sein. Denn die Beschaffung eines ausreichenden Widerstandsfonds ist neben der weiteren Steigerung unserer Mitgliederzahl das allerbeste Mittel, den Angriff der Unternehmerorganisation wirksam nicht nur augenblicklich, sondern für immer zurückzuschlagen und uns den Einfluß zu sichern, der zur Herbeiführung sachgemäher Verhandlungen von Organisation zu Organisation notwendig ist.

Am 6. Mai schrieb die „Deutsche Arbeiterzeitung“:

In der Versammlung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller vom 2. Mai haben von den 28 vertretenen Verbänden 26 mit 320 000 Arbeitern beschlossen, die Verbände Hannover, Braunschweig, Dresden, Breslau, Frankfurt a. M. und Ostfriesland durch Arbeiteraussperrungen zu unterstützen. Sofern die Arbeiter der angegriffenen Verbände innerhalb einer in den nächsten Tagen festzusetzenden Frist die Arbeit nicht wieder aufnehmen, ist demgemäß mit Entlassung von Arbeitern der Metallindustrie in großem Umfange zu rechnen. Eine Kommission des Gesamtverbandes hat vor der Versammlung die Arbeitsbedingungen geprüft und gefunden, daß sie keinen berechtigten Anlaß zu den Ausständen in den oben genannten Verbänden gegeben haben.

(Telegramm.)

* Dresden, 9. Mai. Die gestern hier abgehaltene von über 2000 Personen besuchte Versammlung streikender und ausgesperrter Metallarbeiter erklärte sich nach einem kurzen Referat des Verbandesleiters der Metallarbeiterorganisation über die neuerlichen Einigungsversuche der Metallindustriellen dafür, diese Einigungsversuche und den Beschluß unbeantwortet zu lassen. Damit sind die Einigungsverhandlungen unterbrochen und es muß am 10. Mai nach den Beschlüssen des Gesamtverbandes der Metallindustriellen die Generalaussperrung über ganz Deutschland eintreten, von der 300 000 Arbeiter betroffen werden.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 8. Mai.

Abg. Büning (natl.) tritt den gestrigen Ausführungen Gotheins über die Arbeiten der Kommission entgegen und sagt, die Kritik desselben habe sich auf einem recht niedrigen Niveau bewegt. (Lebhafte Aufe: Chol links.) Medner befürwortet dann den Kompromißantrag. Die Fahrkartensteuer sei allerdings keine ideale Steuer, aber die Kommission habe dieselbe so milde als möglich gestaltet.

Abg. Gamp (Reichsp.) tritt ebenfalls für den Kompromißantrag ein und erklärt, der Personenverkehr ertrage diese Besteuerung, da der Personenverkehr die dafür aufgewendeten Kosten nicht decke und die Bundesstaaten damit umgehen, die Personentaxen wesentlich herabzusetzen.

Geh. Rat v. Lehmann erklärt auf eine Anfrage des Vorredners, daß der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten bereits tünlichste Beobachtung auf die Ausdehnung der direkten Fahrkarten angeordnet habe.

Abg. Lipinski (Soz.) bekämpft die Besteuerung der Personenzahlkarten, durch welche breite Schichten der Bevölkerung empfindlich belästet und Handel und Verkehr schwer betroffen werden.

Abg. Graf Kanitz (konf.) führt aus: Die Erhöhung des Soliktarifs wäre die zweckmäßigste Reichsfinanzreform ge-

wegen. Der Kommissionsbeschluss sei sehr unvollkommen und die Regierungsvorlage wäre vorzuziehen. Es habe aber mehr herausgehoben werden müssen, weshalb sei er für den Kommissionsbeschluss.

Abg. Gerold (Zentr.) erklärt, im Interesse der Wehrhaftigkeit des Reiches müssen neue Steuerquellen erschlossen werden. Die Behauptung, dass die wohlhabenden Klassen von den neuen Steuern weniger getroffen würden, schlage den Tatsachen ins Gesicht.

Abg. Mertens (freis. Vpt.) vermisst eine Aeußerung der Regierung über ihre Stellung zu dem Kompromissantrage. Das auswärtige Reisepublikum werde wegen der Fahrkartensteuer den Weg auf den deutschen Eisenbahnen vermeiden. Am empfindlichsten würden durch die Fahrkartensteuer die Geschäftsreisenden geschädigt. Die Steuer sei auch gerade im Interesse des Ostens zu bedauern, der in eine lebendige Verbindung mit dem Westen kommen müsse.

Staatssekretär Freiherr v. Stengel: Ich kann nur erklären, dass es den Verbündeten Regierungen erwünscht gewesen wäre, wenn ihren Intentionen in der Besteuerung des Tabaks und des Bieres mehr entsprochen worden wäre. Was die Fahrkartensteuer betrifft, so dürften die Verbündeten Regierungen ihre Bedenken gegen den Stempel auf Fahrkarten in der jetzt vorgeschlagenen Form zurücktreten lassen, jedenfalls aber dem Antrage Bedenken den Vorzug geben vor den Kommissionsbeschlüssen.

Abg. Gräfe (Reformpartei) spricht sich gegen den Fahrkartenstempel aus. Das Defizit hätte man lieber durch eine Reichswehrsteuer decken sollen.

Abg. Schrader (freis. Vg.): Die Regierung nimmt, was sie bekommen kann. Aber wir haben die Kommission nicht beauftragt, neue Steuern zu erfinden, zum mindesten hatte sie dann aber die Pflicht, ihre Vorschläge zu begründen. Eine Begründung zu dem Kompromissantrage haben wir aber nicht gehört. Für den Eisenbahngüterverkehr ist nichts wichtiger als der den Güterumlauf vermittelnde Personenverkehr.

Staatssekretär Freiherr v. Stengel erklärt: Wenn er auf alle Bedenken und Widersprüche hätte Rücksicht nehmen wollen, hätte er alt werden können wie Methusalem, ohne neue Steuern erheben zu haben.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Herbert (Soz.) und nach einer längeren Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten Gotthein, Büsing und Graf Kautz schließt die Debatte.

Der Kompromissantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 157 gegen 128 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Präsident Graf Ballestrem teilt sodann dem Hause mit, dass er heute zum Reichskanzler gebeten worden sei und eine gute halbe Stunde bei ihm geweselt habe. Der Kanzler habe ihm seinen Dank ausgesprochen für die Teilnahme des Reichstages an seiner Erkrantung. Er habe den Kanzler in voller geistiger und körperlicher Frische angetroffen und keinen Unterschied gegen früher an ihm wahrgenommen. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr: Automobil-, Antikmen- und Erbschaftsteuer. Schluss halb 7 Uhr.

* Berlin, 8. Mai. Die Diätenkommission des Reichstages nahm nach längerer Debatte den Antrag Bachnide (freis. Vg.) an, für die Dauer der Sitzungsperiode, sowie 8 Tage vor Beginn und 8 Tage nach Schluss derselben Freifahrt auf allen deutschen Eisenbahnen zu gewähren. Sodann wird ein Antrag Gröber angenommen, nach welchem § 1b die folgende Fassung erhalten soll: Die Mitglieder des Reichstages erhalten vorbehaltlich der Bestimmungen im Paragraphen 3 aus der Reichskasse eine jährliche Aufwandsentschädigung von insgesamt 3000 Mark, die am 1. Dezember, 1. Januar, 1. Februar, 1. März, 1. April mit je 400 M. und am Tage der Vertagung oder Schließung mit 1000 M. zahlbar wird. Das Jahr, während dessen eine Entschädigung gewährt wird, läuft vom 1. Dezember bis zum 30. November. Mitglieder, die erst nach dem 1. Dezember in den Reichstag eingetreten sind, haben auf diejenigen Raten keinen Anspruch, welche vor ihrem Eintritt zahlbar geworden sind. Die folgenden Paragraphen werden in der Fassung der ersten Lesung genehmigt. § 5 betreffend die Regelung bei Doppelmandaten wird in der Fassung der Regierungsvorlage wiederhergestellt.

Ausstände.

(Telegramme.)

* Berlin, 9. Mai. Die Einigung im Bäckergewerbe ist nunmehr vollzogen. Die gestrige Gesellenversammlung hat dem Vorschlag der Einigungscommission zugestimmt, ebenso wie es am Montag bereits die Meister getan hatten.

* Mänfeln, 9. Mai. Das Resultat der gestrigen Versammlung im Bergarbeiterstreik ist folgendes: Die Verwaltung gesteht die versuchsweise Einführung des Neunstundentages zu, lehnt dagegen die geforderte Abschaffung der Frauenarbeit und Einführung eines Mindestlohnes ab. Die Arbeiterausschüsse empfehlen die Annahme des Vergleichs. Für Freitag wird die Streitbeendigung erwartet.

* Wien, 9. Mai. Eine gestern abend abgehaltene außerordentliche Vollversammlung der besetzten Bauarbeiter des Rositzerrons Wien beschloß einstimmig, daß falls der gestern begonnene Boykott einzelner Bauten durch die Arbeiter bis Donnerstag nicht beendet wird, am Samstag sämtliche Arbeiter entlassen werden. Eine Lokalkorrespondenz meldet hierzu, daß an ein Nachgeben der Arbeiterschaft nicht zu denken sei und somit die Generalaussperrung von 40 000 Arbeitern bevorstehe.

* Rom, 9. Mai. Der Mailänder Arbeiterssekretär schlägt einen eintägigen Generalstreik für ganz Italien als Antwort auf die Turiner Vorgänge vor.

* Turin, 9. Mai. Während des gestrigen Nachmittags verjagte eine Anzahl Ausländer die Arbeitswilligen an der Arbeit zu verhindern, sie wurden aber von Kavallerie auseinandergetrieben. Gegen Militär und Polizei wurden Steine geworfen, wodurch mehrere Soldaten und Polizisten verletzt wurden. Der Abend verlief ruhig. Die Verhandlungen wegen Beilegung des Ausstandes sind im Gange.

* Turin, 9. Mai. In einer gestern abgehaltenen Versammlung, in welcher der Präsekt, der Bürgermeister, sowie Industrielle und das Streikomitee teilnahmen, ist eine Lösung der Streitfragen, welche Anlaß zu dem Ausstand gegeben haben, gefunden worden. Das Streikomitee versammelte sich darauf in der Arbeiterbörse, um die Arbeiter von dem Ergebnis in Kenntnis zu setzen und ein Schriftstück aufzusetzen, in welchem erklärt wird, daß der Ausstand beendet ist. Die Arbeiter werden morgen die Arbeit wieder aufnehmen.

* New-York, 9. Mai. Die Cartholengraber werden am 14. Mai unter den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Kammerwahlen in Frankreich.

(Telegramme.)

* Paris, 9. Mai. Aus Korsika wird gemeldet: In Propriano kam es zwischen den Wählern der gegnerischen Parteien zu einem Wortwechsel, der in ein blutiges Handgemenge ausartete. 2 Wähler wurden getötet, 2 andere verwundet.

* New-York, 9. Mai. Der „New York Herald“ meldet aus Pointe-à-Pitre über die auf Guadeloupe am letzten Sonntag vorgekommenen Aufrührer, daß die Sozialisten die Behörden auf ihrer Seite gehabt und eine Schredensherrschaft in der Stadt ausgeübt hätten. Die Konsulate würden durch Truppen bewacht. Verschiedene Häuser seien geplündert worden. Der Kreuzer „Touche“ habe Mannschaften gelandet, doch diese seien nicht eingeschritten.

Die Lage in Rußland.

(Telegramme.)

Zur Eröffnung des russischen Parlaments.

* St. Petersburg, 9. Mai. Das Zeremoniell für den aus Anlaß des ersten Zusammentritts des Reichsrats und der Duma des Kaiserreichs vorgesehenen Empfang im Winterpalais ist heute veröffentlicht worden. Von 10 Uhr morgens ab werden in beiden Hauptstädten in allen Kirchen feierliche Reden abgehalten werden; die Mitglieder des Reichsrats und der Duma, die hohen Beamten und die anderen an dem Empfang teilnehmenden Persönlichkeiten werden im Winterpalais gegen 1 Uhr mittags eintreffen. Seine Majestät der Kaiser, die Kaiserin, sowie die Kaiserin-Witwer und die Mitglieder der kaiserlichen Familie begeben sich auf Meldung des Ministers des kaiserlichen Hofes, daß die Mitglieder des Reichsrats und der Duma eingetroffen sind, in feierlichem Zug unter Vortritt des Zeremonienmeisters und der hohen Hofbeamten in den Thronsaal St. Georg, in dem auch die Insignien der kaiserlichen Souveränität, d. h. das Reichsschwert, die Reichsfahne, der Reichsapfel, Szepter und Krone des Kaisers vorangetragen werden. In dem Thronsaal werden die Majestäten durch den Metropolitan von Petersburg mit dem Kreuz und Weihwasser empfangen. Nach Abhaltung eines Teudeums nehmen die Mitglieder der kaiserlichen Familie zur Rechten des Thrones Aufstellung, während drei Stufen unterhalb sich die Minister des Hofes und der Generaladjutant zum Dienst aufstellen. Das kaiserliche Gefolge nimmt auf der linken Seite am Fuße des Thrones Aufstellung. Hierauf besetzt der Kaiser den Thron, setzt sich nieder und verliest die Thronrede. Dann verläßt er den Thronsaal, gefolgt von beiden Kaiserinnen und der ganzen kaiserlichen Familie.

* St. Petersburg, 9. Mai. Vor dem Schluß der Konferenz der konstitutionell-demokratischen Partei wurde heute noch über eine Resolution betreffend die Agrarfrage abgestimmt und als leitendes Prinzip für die Partei die Ueberleitung von Landbesitz in die Hände der Arbeiter angenommen.

* St. Petersburg, 8. Mai. Das Reichsduma-Gebäude wurde in Gegenwart der Mitglieder des Reichsrats und der Abgeordneten der Reichsduma feierlich eingeweiht. — Die erste Duma-Sitzung wird, der „Petersburger Telegraphen-Agentur“ zufolge, am nächsten Donnerstag um 4 Uhr nachmittags stattfinden.

* Odessa, 9. Mai. Die Stadtverwaltung beschloß aus Anlaß der Eröffnung der Reichsduma am Donnerstag Dankgebete in den Kirchen zu veranstalten, die Gebäude mit Flaggen zu schmücken, die Arbeit in den Fabriken ruhen zu lassen, den Schülern drei Tage frei zu geben und einer Straße den Namen „27. April“ beizulegen. Am Tage der Eröffnung soll der Duma ein Begrüßungstelegramm übermittelt werden.

* Toulon, 8. Mai. Der russische Kreuzer „Admiral Makarow“ ist heute in Anwesenheit der Witwe des früheren Admirals Makarow glücklich vom Stapel gelassen.

Der türkisch-ägyptische Grenzkonflikt.

(Telegramme.)

* London, 9. Mai. „Daily Mail“ meldet aus Kairo von gestern, daß eine Anzahl Kamele zur Verwendung auf der Sinaihalbinsel gemietet und daß 3 Kreuzer und eine Abteilung Artilleristen zur Sicherung der Grenze erteilung nach der Halbinsel entsandt worden seien.

* London, 9. Mai. Wie die Abendblätter aus Gibraltar melden, hat die atlantische Flotte den Befehl zur Rückkehr erhalten. Ihr Eintreffen aus Madeira in Gibraltar wird binnen kurzem erwartet.

Die türkisch-persische Verhandlungen.

Konstantinopel, 8. Mai.

Die dilatorische Politik, welche die Pforte seit ungefähr sechs Monaten in der Angelegenheit des türkisch-persischen Grenzkonflikts verfolgt, hat einer etwas entgegenkommenderen Haltung Platz gemacht, und zwar infolge der sehr energiegelichen Sprache, welche der persische Botschafter, Prinz Mirza Riza Khan, am 26. April dem Großvezier gegenüber geführt hat. Nachdem er aus Teheran ein Telegramm erhalten hatte, in dem ihm sein allzu mildes Auftreten vorgeworfen und die kategorische Weisung erteilt wurde, von der Pforte die Beantwortung der persischen Note vom 17. März zu fordern, schlug der persische Botschafter dem Großvezier gegenüber einen schärferen Ton an. Er erklärte, daß er keineswegs beabsichtige, mit dem Palais zu verhandeln, da er bei der hohen Pforte akkreditiert sei; er verlange daher von den letzteren eine kategorische Antwort. Wenn der ottomanische Herrscher den Krieg mit Persien wolle, so sei dieser Staat bereit, ihr aufzunehmen, aber der Sultan müsse dies schriftlich erklären, weil Persien nicht vor der zivilisierten Welt die Verantwortung für eine Störung des Weltfriedens auf sich nehmen wolle. Diese feste Haltung des Vertreters Persiens verfehlte ihre Wirkung nicht. Der Großvezier berichtete darüber an den Sultan und machte in der darauf folgenden Begegnung mit dem persischen Botschafter einen konkreten Vorschlag betreffend ein Arrangement. Bis zu diesem Augenblicke hatte die Pforte sich nicht von

der Ansicht losgerissen, daß die besetzten Orte, die von den türkischen Truppen besetzt sind, unanfechtbar zur Türkei gehören, und noch in ihrer Note vom 14. März d. J. erklärte sie, daß nach der Meinung der ottomanischen Kommissäre von 1867 noch einige andere Punkte über die gegenwärtig besetzten hinaus der Türkei gehören. In seinem neuen Vorschlage erklärt der Großvezier, daß die türkischen Truppen Passobah (eine Ortschaft, die nach den Verträgen unbestreitbar persisch sein soll) räumen werden, sobald die persischen Kommissäre an Ort und Stelle ihren türkischen Kollegen aus den 1867 entworfenen Karten beweisen werden, daß Passobah unanfechtbar zum persischen Gebiete gehöre. Obwohl die persische Regierung bis jetzt auf die vorhergängige Räumung Passobahs bestand, bevor sie dazwischenwillig, militärische Delegierte an Ort und Stelle zu entsenden, kam der persische Botschafter, als er sah, daß die Pforte ihre intransigente Haltung aufgab, ihr einen Schritt entgegen und nahm ihren Vorschlag ad referendum, verlangte aber, daß er schriftlich gemacht werde. Die Pforte tat dies denn auch in Form einer Antwortnote auf die persische Note vom 17. März d. J. Die Pforte erklärt in dieser Erwiderung, daß sie in bezug auf die stritten Angelegenheiten dem General Wasdjid Pascha, Präsidenten der an die Grenze entsandten Untersuchungskommission, den Auftrag gegeben habe, Verfügungen zu treffen, um in diesen Angelegenheiten eine Lösung herbeizuführen, welche den religiösen Beziehungen und der guten Nachbarschaft, sowie den Rechten und Interessen der beiden Parteien zu entsprechen geeignet ist. Die Pforte fügt hinzu, daß die persischen Funktionäre, damit die Ordnung der Angelegenheit keiner weiteren Verzögerung unterliege, sich sofort auf den Weg machen mögen, um an den Arbeiten der Untersuchungskommission teilzunehmen. Die persische Regierung erklärt sich von dieser Note befriedigt und versichert, daß auch die Botschafter der beiden vermittelnden Mächte die Antwort zufriedenstellend finden. Es ist jedoch zu bemerken, daß die Note der Pforte in dazwischen, wenn auch sehr föhlichen Ausdrücken abgefaßt ist, Passobah gar nicht erwähnt, selbst von einer Abgrenzungskommission zu sprechen vermeidet und sich darauf beschränkt, ihr die Eigenschaft einer Untersuchungskommission zu geben. In persischen Kreisen hält man jedoch dafür, daß die Angelegenheit nunmehr in ein friedliches Stadium trete und daß die Gefahr eines Krieges, die einen Augenblick lang drohte, beschworen sei.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 9. Mai.

Seine Majestät der Kaiser ist heute 12 Uhr 50 Minuten mit Sonderzug hier eingetroffen und wurde am Bahnhof von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog und Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Max empfangen. Außerdem waren zum Empfang anwesend der königlich preussische Gesandte von Eisenbecher, General der Artillerie Generaladjutant von Müller, Oberstleutnant Graf von Sponed, Major Freiherr von Seutter, ferner der Stadtkommandant, Generalleutnant Freiherr von Reibnitz, der Amtsvorstand, Geh. Regierungsrat Freiherr von Kraft-Ebing, und der Polizeidirektor Dr. Seidenadel.

Nach herzlicher Begrüßung fuhr Seine Majestät der Kaiser mit Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog zum Schloß und wurde hier von Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin empfangen. Alsbad nach der Ankunft fand Familienafel, an der auch Ihre kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm, Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz und Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Max teilnahmen, sowie gleichzeitig Marschallstafel statt.

Zu Gefolge Seiner Majestät befanden sich der Oberhof- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg, der Kommandant des Hauptquartiers, General der Infanterie von Pfeifen, der Oberstleutnant Freiherr von Reischach, die Flügeladjutanten Oberstleutnant von Chelius und Major von Friedeburg, sowie der Leibarzt Dr. Niedner.

An der Marschallstafel nahmen teil die Herren des kaiserlichen Gefolges, ferner der königlich preussische Gesandte von Eisenbecher mit Gemahlin, Großhofmeister Dr. von Brauer mit Gemahlin, der Kommandierende General der Infanterie von Vock und Kolach, Staatsminister Dr. Freiherr von Dusch, Geheimrat Freiherr von Marschall, Gesandter Graf von Verdheim und ein Teil der Umgebung der Großherzoglichen Herrschaften. Nach der Tafel empfing Seine Majestät der Kaiser mit Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin die genannten Personen in der unteren Galerie des Schloßes und verweilte längere Zeit im Gespräch mit denselben.

Später empfing Seine Majestät den Geheimrat von Chelius und nahm die Meldung des Generalleutnants von Fabel, Kommandeurs der 28. Division, entgegen. Vor der Abreise verweilte die Großh. Herrschaften noch eine halbe Stunde allein bei Seiner Majestät dem Kaiser und begleiteten Allerhöchstdenselfen nach halb 5 Uhr zum Bahnhof, wo herzliche Verabschiedung stattfand. Außer dem persönlichen Gefolge hatte sich der königlich preussische Gesandte von Eisenbecher eingefunden. Seine Majestät der Kaiser reiste 4 Uhr 45 Minuten mit Sonderzug nach Straßburg ab.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag den Vortrag des Ministers Dr. Schenkel entgegen.

Heute abend 8 Uhr beabsichtigen Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin dem von der deutschen Kolonialgesellschaft, Abteilung Karlsruhe, veranstalteten Vortrag von Frau Helene von Falkenhäuser im Museumsaal anzuhören.

Ihre Kaiserliche Hoheit Prinzessin Wilhelm reiste heute abend 6 Uhr zu längerem Aufenthalt nach Baden-Baden ab.

Bei prächtigem Frühlingswetter traf der Kaiser heute in Karlsruhe ein. Da Seine Majestät wünschte, daß von einem offiziellen Empfang abgesehen werden möchte, fand keine Begrüßung durch die Stadtvertretung statt. Die Bürgererschaft ließ es sich aber nicht nehmen, den Kaiser, dessen vortreffliches Aussehen freudig bemerkt wurde, mit allen Zeichen treuer Verehrung und herzlichster Liebe in der Residenz willkommen zu heißen; insbesondere die Jugend, die zumeist vor dem Bahnhof und auf dem Schloßplatz versammelt war, begrüßte den Kaiser und den Großherzog mit jubelnden Zurufen. Allgemein äußerte sich in warmen Worten die Freude, daß die ernstesten Sorgen, die dem Kaiser in den jetzt glücklich hinter uns liegenden Tagen banger Befürchtungen beschieden waren, gewunden sind. Leider hat der diesjährige Frühjahrsaufenthalt Seiner Majestät — die Karlsruhe'ger genießen seit Jahren die große Freude, im Mai den Kaiser als Gast Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogspaares begrüßen zu können — sich nur auf wenige Stunden erstreckt, doch haben sie dem Kaiser in liebevollem Beisammensein mit seinen erlauchten Verwandten Gelegenheit zu regem Gedankenaustausch und die Gewißheit gegeben, daß unser getreuer Großherzog, „in dem sich der Reichsgedanke verkörpert“ in sein Jubeljahr mit einer von Gott gesegneten Frische des Geistes und Körpers eingetreten ist. Mit den besten Wünschen für den Kaiser verbindet das badische Volk den Ausdruck der Hoffnung, ihn in den kommenden denkwürdigen Septembertagen wieder auf Karlsruhe'ger Boden begrüßen zu können.

** Nachgenannte Kandidaten haben die in diesem Jahre abgehaltene Prüfung für den bahn- und tiefschiffbau technischen Dienst bestanden und hierdurch gemäß § 8 der landesherrlichen Verordnung vom 4. September 1895 das Prädikat „Beamteter“ erlangt:

1. Hans Leibold von Kirchenhausen,
2. Ernst Schneider von Ew. Tennenbrunn,
3. Ernst Herzog von Karlsruhe,
4. August Weisig von Heddesheim,
5. Heinrich Glaser von Hochhausen,
6. Adolf Flegler von Miffahausen,
7. Franz Koberstki von Berlin,
8. Wilhelm Link von Sordheim,
9. Karl Hallbauer von Neuffingen,
10. Karl Lorenz von Karlsruhe,
11. August Lang von Bühl,
12. Max Buehle von Retsmann,
13. Christoph Barth von Söllingen,
14. Wilhelm Herrmann von Karlsruhe,
15. Eduard Werner von Ebersweier,
16. August Ehmann von Werbach,
17. Nikolaus Froelicher von Argweiler i. Lothr.

* (Großherzogliches Hoftheater.) In der Tragödie „Othello und sein Ring“ von Hebel, welche am Samstag den 12. Mai hier zum erstenmal zur Darstellung gelangt, sind beschäftigt: die Damen Ermarth, Mahn, Müller und die Herren Baumbach, Metz, Kempf, Mart.

(Der Bürgerausschuß) genehmigte in seiner gestrigen Sitzung einstimmig den dieser Tage mitgeteilten Vertrag mit den Architekten Curjel und Moser, in dem diesen die Ausarbeitung von Entwürfen für ein Ausstellungsgebäude und ein Theater mit Kunstsaal übertragen wird, sowie den Verkauf der Maxausbahn an die Großh. Eisenbahnverwaltung.

(Aus dem Polizeibericht.) Gestern vormittag nach 11 Uhr schaute Eduard Karl- und Kriegerstraße ein vor einem Milchwagen gespanntes Pferd, dasselbe konnte aber von dem Führer in die Kriegerstraße gelenkt und gegügelt werden; doch infolge des zur Seite springenden Pferdes ein entgegenfahrender Radfahrer zu Boden geschleudert worden, dessen Rad kam unter den Wagen und wurde beschädigt.

(Sitzung des Schwurgerichts vom 7. und 8. Mai.) Am Montag begannen, wie bereits mitgeteilt, die in weiten Kreisen mit Spannung erwarteten Verhandlungen gegen den Bankier Wih. Stöber und dessen Buchhalter Niedmüller. Stöber hatte sich wegen Verbrechen gegen den § 11 des Gesetzes über die Pflichten der Kaufleute bei Aufbeahrung fremder Wertpapiere und wegen Vergehens gegen § 243 der Konkursordnung, Niedmüller wegen Beihilfe hierzu und wegen Betrugs zu verantworten. Am Montag vormittag 10 Uhr begann die Verhandlung gegen die beiden Angeklagten unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Eller. Die Anklage vertrat Erster Staatsanwalt Mühlina, Verteidiger waren für Stöber Rechtsanwalt Dr. Diez, für Niedmüller Rechtsanwalt Max Oppenheimer. Geladen waren zur Verhandlung 32 Zeugen und 3 Sachverständige. Dem im Jahre 1863 zu Göttingen geborenen verheirateten Wilhelm Stöber legte die Anklage u. a. zur Last, daß er im Bewußtsein seiner Zahlungsunfähigkeit und Ueberschuldung seit 20. Januar 1903 fremde Wertpapiere im Kurzwert von etwa 120 000 M., die er in seinem Bankgeschäft von Kunden als Kommissionsagent in Gewahrsam genommen, sich angeeignet hat. Der 26 Jahre alte, in Konstanz geborene Kaufmann Anton Niedmüller wurde beschuldigt, in Kenntnis von der Zahlungsunfähigkeit und Ueberschuldung Stöbers, diesem Anklagen zur Begehung seiner Verbrechen und Vergehens durch Rat und Tat wesentlich Hilfe geleistet zu haben. Der Angeklagte Stöber war in vollem Umfange geständig. Der Angeklagte Niedmüller, der in der Voruntersuchung ebenfalls ein Geständnis abgelegt hatte, erklärte heute, daß er wohl die in der Anklage genannten Geschäfte gemacht habe, aber nur im Auftrag Stöbers. Er sei immer der Ansicht gewesen, daß Stöber möglichst sein Vermögen zu veräußern und sich seine Schulden zu befriedigen. Er hätte sonst keine Geschäftsabschlüsse gemacht. Zugaben mußte der Angeklagte, daß er vor dem Untersuchungsrichter zugestanden hat, von der Veruntreuung der Wertpapiere Kenntnis gehabt zu haben. Das vor einigen Jahren von Stöber hier gegründete Bankgeschäft, bei dem Niedmüller als Buchhalter angestellt war,

prosperierte nicht. Stöber ließ sich deshalb dazu verleiten, Spekulationsgeschäfte zu unternehmen. Er spekulierte teils auf eigene Rechnung, teils für andere. Die Spekulationen schlugen aber meist fehl und der Angeklagte verlor bedeutende Summen. Stöber spekulierte hauptsächlich in afrikanischen Minenpapieren, die bei Beendigung des Transvaalkrieges in eine bedeutende Aufwärtbewegung kamen. Er ließ sich in umfangreiche Kaufspekulationen ein, erlitt aber dabei schwere Nachteile, da nach dem Friedensschluß plötzlich diese Papiere sehr rasch fielen. Verschiedene Kunden Stöbers erhoben angesichts der erheblichen Verluste den Differenzanspruch, so daß der entlassene Verlußt von Stöber allein zu tragen war. Im Januar v. J. erkannte Stöber, daß seine Lage eine unhaltbare geworden war. Er hoffte aber doch, sich durch neue Spekulationen noch retten zu können und, da ihm dazu die Mittel fehlten, vergriff Stöber sich an den anvertrauten Depots. Von den veruntreuten Werten verwendete Stöber nichts für seine Berion oder seine persönlichen Bedürfnisse. Er führte vielmehr ein äußerst einfaches und zurückgezogenes Leben. Als der Angeklagte sich näherte, stellte er sich freiwillig der Staatsanwaltschaft. Nach seiner Verhaftung brach der Konkurs aus. Das Konkursverfahren stellte 17 600 M. Aktiva und 323 000 M. Passiva fest. Durch die Manipulationen des Angeklagten Stöber wurden geschädigt: Privatier Lörching um 1084 M. 30 Pf., Th. Sachs um 739 M. 40 Pf., Frau Weisinger um 4034 M. 15 Pf., Silberverwalter Auck um 12 992 M. 90 Pf., Kaufmann Esser um 50 M. 85 Pf., Pfarrerswitwe Keerl in Seibelsberg um 11 340 M. 40 Pf., Witwe Schmidt um 4096 M. 60 Pf., K. Ziegler um 7202 M. 05 Pf., P. Solzmann um 1728 M. 95 Pf., Witwe Häffner um 418 M. 79 Pf., Privatier Hoffmann um 13 802 M. 30 Pf., Kaufmann Wagner um 2183 M. 05 Pf., Privatier Mathes um 3442 M. 90 Pf., Privatier Jhringer um 24 724 M. 75 Pf., prakt. Arzt Schwberg 1365 M. 10 Pf., Unternehmer Wegers 19 235 M. 28 Pf., Maschinenbauer 757 M. 15 Pf., Arthur Ed 5263 M. 75 Pf. und Rechtsanwalt Viefeld 825 M. 35 Pf. Die Gesamtsumme dieser Verluste beläuft sich auf 120 404 M. 02 Pf. Die Beihilfe des Niedmüller gegen den § 11 des Depotgesetzes nimmt die Anklage in den Fällen Esser, Keerl, Solzmann, Hoffmann, Wagner, Mathes, Jhringer und Ed an. Bei dem lange dauernden Verhöre der Angeklagten und der viele Zeit in Anspruch nehmenden Besprechung der einzelnen Fälle konnten am ersten Verhandlungstag nur wenige der Zeugen zur Abhör kommen. Der gestrige zweite Verhandlungstag brachte eine umfangreiche Beweiserhebung mit Zeugeneinvernahme und Abgabe der Sachverständigenurtheile. Es wurden durch dieselben die Gegenstand der Anklage bildenden Verbrechen bzw. Vergehens in der Hauptsache bestätigt. An die Geschworenen waren bezüglich beider Angeklagten Schuldfragen im Sinne der erhobenen Anklage und Fragen nach mildernden Umständen gerichtet. Um 8 Uhr abends begannen die Verhandlungen. Erster Staatsanwalt Mühlina vertrat die Anklage, letzter unterstügt von Niedmüller, seinen Kunden rund 120 000 M. herausgelockt und für seine Zwecke verwendet habe. Von Niedmüller sei dabei die Rolle eines Zureiters gespielt worden. Er beantragte die Schuldfragen zu bejahen und bei der von den Angeklagten betätigten ehrlosen Gewinnung die Fragen nach mildernden Umständen zu verneinen. Die Verteidiger der Angeklagten, die Rechtsanwälte Diez und Max Oppenheimer plaidierten auf Zubilligung mildernder Umstände. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen und die Fragen nach mildernden Umständen, worauf Stöber zu 3 Jahren Gefängnis, Niedmüller zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt wurden. In jeder Strafe kommen 8 Monate Untersuchungshaft in Abzug. Mit diesem Falle hatte die Schwurgerichtssession ihr Ende erreicht.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

≠ Wien, 9. Mai. Seine Majestät der deutsche Kaiser hat sich bei Seiner Majestät dem Kaiser Franz Josef zu einem kurzen Besuche ganz intimen Charakters in Schönbrunn in der ersten Juniwoche angefragt. Der Tag des Eintreffens des kaiserlichen Gastes ist noch nicht fixiert. Nach einer weiteren Meldung wird Kaiser Wilhelm am 6. Juni in Wien eintreffen.

* Straßburg, 9. Mai. Heute vormittag sind die Chefs des Zivil- und Militärkabinetts und Generalleutnant Graf v. Hülsen-Häßeler hier eingetroffen und haben im Kaiserpalast Wohnung genommen.

* Straßburg i. G., 9. Mai. Der Landesausschuß nahm endgültig die Hofkönigsburgvorlage mit großer Mehrheit an. Hierauf wurde die Session geschlossen.

* Berlin, 9. Mai. Die Ueberfiedelung des Reichskanzlers zum Sommeraufenthalt nach Nordberney wird in ungefähr 14 Tagen erfolgen.

* Berlin, 9. Mai. Reichskanzler Fürst Bülow unternahm bereits mit seiner Gemahlin einen längeren Spaziergang im Tiergarten.

* Bern, 9. Mai. Dem geschäftsführenden Ausschusse des Initiativkomitees für den Berner Alpenburgen als Zufahrtslinie zum Simplon ist vom französischen Unternehmerrundrat eine Offerte für die Lötschbergbahn mit 27 % Steigerung mit elektrischem Betrieb unterbreitet worden. Das Initiativkomitee wird am 4. Juni der Berner Regierung die Anträge einreichen.

* Wien, 9. Mai. Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha reiste gestern abend ab. Seine Majestät der König von Sachsen ist von den Jagden bei Tarnitz heute abend hier eingetroffen und nach kurzem Aufenthalt nach Dresden zurückgekehrt.

* Kopenhagen, 9. Mai. Ihre Majestäten der König und die Königin sind heute abend über Berlin nach Nachod abgereist.

* London, 9. Mai. Das Prinzenpaar von Wales ist von der Reise nach Indien wieder hier eingetroffen.

* London, 9. Mai. Unterhaus. Die Frage der Zusammenziehung der Kommission zur Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Heimarbeiter brachte die Mitglieder der Arbeiterpartei in Opposition zur Regierung und den anderen Arbeiterparteien. Nach dem Regierungsvorschlag befinden sich in dieser Kommission nur zwei Mitglieder der liberalen Arbeiterpartei, während Hardie die Forderung aufstellte, daß in allen Kommissionen zur Beratung von Arbeiterpartei die eigentliche Arbeiterpartei vertreten sein müsse. Dieser Anspruch wurde von den anderen Arbeiterparteien und von der Regierung zurückgewiesen und schließlich die Zusammenziehung nach dem Regierungsvorschlag mit großer Mehrheit genehmigt.

* Stockholm, 9. Mai. Der Verfassungsausschuß hat gestern seinen Bericht in der Wahlrechtsfrage abgegeben. Die Mehrheit dieses aus 10 Mitgliedern der Ersten und 10 Mitgliedern der Zweiten Kammer bestehenden Ausschusses spricht sich darin für das allgemeine Wahlrecht

zur Zweiten Kammer aus, jedoch nur in Verbindung mit der Einführung der Proportionalwahl zu beiden Kammern. Die Minderheit des Ausschusses tritt für den Regierungsentwurf ein. Der Ausschuß schlägt ferner vor, die Regierung aufzufordern, eine Untersuchung betreffend das politische Wahlrecht für verheiratete und ledige Frauen anzustellen.

* Konstantinopel, 8. Mai. Der deutsche Segler „Odysseus“ kam am Sonntag vom Schwarzem Meer mit ungefähr 1000 Kisten Benzin im Bosporus an. Er wurde nach Vorschrift von den Zollbehörden behandelt und setzte seine Reise fort. Kaum hatte der „Odysseus“ die Anker gelichtet, so erschienen mehrere türkische Beamte an Bord und erklärten, obgleich sich alle Schiffspapiere in tadelloser Ordnung befanden, die Beschlagnahme des „Odysseus“. Von der deutschen Botschaft wurden sofort bei der Pforte im Nilis-Kloster die nötigen Schritte unternommen, um gegen dieses Vorgehen der türkischen Behörden Stellung zu nehmen. Da die Pforte hierauf nicht reagierte, überreichte der deutsche Botschafter eine Protestnote, in der er die Pforte wissen ließ, daß, wenn bis heute nachmittag der „Odysseus“ nicht freigegeben sein würde, von deutscher Seite selbst unmittelbar die nötigen Maßnahmen ergriffen werden würden, um die Freilassung zu bewirken. Nach einer weiteren Meldung ist das Segelschiff „Odysseus“ wieder freigegeben worden.

* Tanger, 9. Mai. Zwischen Truppen des Sultans und denen des Prätendenten kam es am 7. Mai auf dem linken Ufer des Mulujafusses zu einem erbitterten Kampfe. Als die Truppen des Sultans den Muluja überqueren wollten, wurden sie heftig beschossen und zurückgetrieben. Sie verloren 31 Tote und zahlreiche Verwundete.

Verschiedenes.

† Düsseldorf, 9. Mai. Der Historienmaler Professor Albert Daur ist gestorben.

† Berlin, 9. Mai. Zwischen Calderon und Elmshausen in Hesse schlug der Blitz in eine Gruppe Holzsucherinnen und tötete zwei 13jährige Schülerinnen. Einige Frauen wurden schwer verletzt.

† Hamburg, 9. Mai. Der Senat richtete an die Bürgererschaft einen Dringlichkeitsantrag, nach dem zur Unterstützung der durch den Ausbruch des Vesubs Geschädigten 10 000 M. bewilligt und in das diesjährige Staatsbudget eingestellt werden sollen.

† Hamburg, 9. Mai. Die Hamburg-Amerikanische gibt nunmehr offiziell bekannt, daß sie einen regelmäßigen monatlichen Dampferdienst zwischen Hamburg und den nachbenannten Häfen des Persischen Golfs unterhalten wird. Die Dampfer laufen von Hamburg aus zunächst Antwerpen und Marseille an und nehmen Ladung für Aden, Djibuti, Maskat, Bender-Abbas, Lingah, Bahrein, Buschir und Basra; sie erhalten Einrichtungen für die Beförderung von 200 Kajütspassagieren.

* Leipzig, 9. Mai. Vor dem vereinigten 2. und 3. Senat des Reichsgerichts begann heute die Verhandlung im Landesvertragsprozeß gegen den Regierungsekretär a. D. Otto Senffleben aus Steglitz, den Monteur Conrad und den Geschäftsfreisenden Lude aus Berlin. Sie sind beschuldigt, die zu einer Seemine gehörenden Tiefansichter und Anker, sowie Zeichnungen und eine vollständige Seemine der Botschaft der Vereinigten Staaten vorgeführt und auch Zeichnungen nach Rußland und Nordamerika gesandt zu haben. Senffleben und Lude sollen ferner eine vollständige Mine in Brüssel gegen Zahlung von 2000 M. und den Ersatz der Kosten durch einen französischen Abgesandten haben beschaffen lassen. Lude soll weiter für die Vorführung der Mine in Paris mindestens 2000 M. erhalten haben. Es sind 19 Zeugen und ein Marinefachverständiger erschienen. Die Angeklagten leugnen. Gegen halb 10 Uhr wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

† New-York, 9. Mai. In East Hampton bei Rhodus wurden zwei leichte Erdstöße verspürt, welche die Einwohner aus den Häusern trieben.

† New-York, 9. Mai. Die Blätter veröffentlichten eine Depesche aus Valparaiso, nach der dort ein heftiges Erdbeben stattgefunden haben soll, durch das viele Gebäude gänzlich zerstört sein sollen.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, 10. Mai. Akt. B. 63. Ab. Vorst. „Die Mitschuldigen“, Lustspiel in Versen und 3 Aufzügen von Goethe. — „Der zerbrochene Krug“, Lustspiel in 1 Akt von Kleist. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Wetterbericht des Zentralsbüros für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 9. Mai 1906.

Die Luftdruckverteilung ist noch immer eine sehr ungleichmäßige. Während die östliche Hälfte Mitteleuropas von einem barometrischen Maximum bedeckt wird, das einen Kern über Westrußland aufweist, bildet die westliche Hälfte ein Gebiet niedrigen Druckes, das mehrere flache Minima enthält, so über der südlichen Nordsee, über Nordfrankreich und Süddeutschland. Das Wetter ist dementsprechend zur Bildung von Gewittern geneigt. Die Temperaturen liegen besonders im Osten hoch. Ziemlich warmes Wetter mit Gewittern ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 9. Mai früh.

Lugano bedeckt 13 Grad; Biarritz heiter 17 Grad; Nizza heiter 15 Grad; Triest wolfig 18 Grad; Florenz bedeckt 15 Grad; Rom halbbedeckt 14 Grad; Cagliari bedeckt 17 Grad; Brindisi wolkenlos 16 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. in mm	Therm. in C.	Wind	Witterung		
8. Nachts 9 ⁰⁰ U.	747.3	15.9	10.9	81	SW	heiter
9. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	747.4	13.2	9.2	82	„	wolfig
9. Mittags 9 ⁰⁰ U.	745.1	23.4	8.3	88	„	heiter

Höchste Temperatur am 8. Mai: 23.4; niedrigste in den darauffolgenden Nacht: 12.5.

Niederschlagsmenge des 8. Mai: 3.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 9. Mai, früh: Schutterinsel 2.10 m, gestiegen 5 cm; Rehl 2.37 m, gestiegen 2 cm; Waxau 3.98 m, Stillstand; Mannheim 3.43 m, gefallen 7 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Statt besonderer Anzeige.

Heute nacht 3 Uhr ist mein geliebter Mann

Albert von Friederich

Major z. D., Ritter hoher Orden

im Alter von 68 Jahren an einem Herzschlage plötzlich sanft entschlafen.

Freiburg i. B., den 8. Mai 1906.

Die tieftrauernde Gattin:
Emilie von Friederich geb. Seiz.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, das Opfer Freitag den 11. Mai, vormittags 10 Uhr, in der Johanneskirche statt.

N 175

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit

vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Die Mitglieder der Anstalt werden zu der

Freitag den 25. Mai 1906, vormittags 11 1/2 Uhr,

im Anstaltsgebäude zu Karlsruhe stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

ergerneist eingeladen.

Tagesordnung:

Abnahme des Rechenschaftsberichts für 1905.

Gemäß § 12 Absatz 1 der Satzung vom 4. April 1903 ist zur Legitimation in der Versammlung eine Eintrittskarte erforderlich und müssen die Anmeldungen zur Teilnahme an der General-Versammlung spätestens 48 Stunden vor Beginn der General-Versammlung bei der Direktion eingegangen sein.

Karlsruhe, den 8. Mai 1906. N 171

Die Direktion:
Kimmig. Rheinbold.

G. D. Printz.

Aktiengesellschaft

Färberei

und chemische

Waschanstalt

65 Kaiserstraße 65 • 193 Kaiserstraße 193
245 Kaiserstraße 245
10 Erbprinzenstraße 10 • 8 Schützenstraße 8
65 Ettlingerstraße 65 • 63 Telephon 63

empfiehlt für die

Frühjahrs- und Sommerfason

ihre Anstalt für alle vorkommenden Arbeiten unter Zusage prompter Bedienung und tadelloser Ausführung bei mäßigen Preisen.

50 eigene Läden. **500** Angestellte.
3 549.12.5 Gegr. 1846.

1a. Limburgerkäse per Pfd. 40-45 Pf.
1a. Emmentalerkäse p. „ 95-100 Pf.
1a. Zülfiterkäse, pikant, p. Pfd. 60 Pf.
hergestellt aus der vorzügl. Allgäuermilch, vers. von 9 Pfd. an unt. Nachn.
Ludwig Held, Leutkirch,
Allgäu, Tel. 4. 3 989.6.6

Handschuhe
Krawatten
Schirme
Gürtel

anerkant
vorzügl. Qualitäten
empfehlen

LUDWIG OEHL
Nachfolger
KARLSRUHE i. B.
Kaiserstr. 112
N. 74. 5. 3

Zu verkaufen

ist ein

zweistödiges Wohnhaus

mit gewölbtem Keller, Anbau am Wohnhaus mit Klemme und Balkenkeller, sowie Garten mit je einer geräumigen Wohnung im I. und II. Stock in einem größeren Orte am Bodensee mit Dampfstation (badischer Seite).

Das Gebäude ist sehr gut erhalten und die Wohnungen bequem eingeteilt. Liegt in schöner Lage mitten im Ort mit freier Aussicht auf den Bodensee und würde sich hauptsächlich für Personen, die sich ruhig setzen wollten, oder als Sommerstiz eignen. Offerte unter **N. 3071** an **Saasenstein & Vogler, A.-G., Zittigart.** N 167.2.2

Thürmer-Pianos

zeichnen sich aus durch

solide Konstruktion,

Fülle und Schönheit des Tones,

einfaches, aber geschmackvolles Gehäuse und

ausserordentliche Preiswürdigkeit;

sie unterscheiden sich dadurch wesentlich von vielfach zu gleichen Preisen angebotenen Pianos.

In 3 Grössen vorrätig:

I **Mk. 550.-**
II **Mk. 620.-**
III **Mk. 700.- bis Mk. 800.-**

Aussergewöhnliche Ausstattungen: Besondere Preise.

Ludwig Schweisgut

Hoflieferant, 4 Erbprinzenstr. 4
Karlsruhe.

Die Firma **Flitz mit Sise G. m. b. H., Karlsruhe**, wird auf heutigen Beschluss der Gesellschafter aufgelöst und ist der Unterzeichnete zum Liquidator ernannt. An allenfallsige Gläubiger der Firma ergeht hierdurch die Aufforderung, etwaige Guthaben spätestens innerhalb 1 Monats anzumelden.

Karlsruhe, den 5. Mai 1906.
N. 121.3.2 Der Liquidator:
J. B. Kreschak.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Bekanntmachung.

N. 185. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts **Stefan Heinemann** von Ringolsheim ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Schlusstermin bestimmt auf **Samstag den 2. Juni 1906, vormittags 9 Uhr**, vor **Gr. Amtsgericht** hier selbst, **Abt. 3, Zimmer Nr. 1, 2. Stock.**

Das Schlussverzeichnis und die Schlussrechnung liegen nebst den Belegen in der Gerichtsschreiberei zur Einsicht auf.

Bruchsal, den 7. Mai 1907.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts:**
Baumann.

Konkursverfahren.

N. 186. Nr. 8166. B. H. L. Ueber das Vermögen des Landwirts **Josef Frank** in Barnhart wurde heute am 8. Mai 1906, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner die Konkursöffnung unter Einreichung eines Gläubiger- und Schuldnerverzeichnisses, sowie einer Uebersicht der Vermögensmasse beantragt hat, wobei sich der Nachweis einer Ueberschuldung ergab.

Der Rechtsanwalt **Voessell** in Bahl wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 5. Juni 1906 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses u. eintrittendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Dienstag den 5. Juni 1906, vormittags 9 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Donnerstag den 21. Juni 1906, vormittags 9 Uhr.**

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 31. Mai 1906 Anzeige zu machen.

Bahl, den 8. Mai 1906.
gez. **Dr. Diebold.**
Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts:**
Bönniger.

N. 187. Emmendingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Handelsmanns **Jacob Mayer** in Emmendingen ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschluss-

fassung der Gläubiger über etwa nicht verwertbare Vermögensstücke bestimmt auf **Samstag den 2. Juni d. J., vormittags 10 1/2 Uhr.**

Zugleich wird bekannt gegeben, dass die Gebühren des Konkursverwalters auf 60 M., sowie dessen Ausgaben und Auslagen auf 21 M. 95 Pf. festgesetzt wurden.

Emmendingen, den 4. Mai 1906.
Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts:**
Bruch.

Konkursverfahren.

N. 188. Nr. 3772. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Möbelhändlers **Sigmund Falzer** von Freiburg ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin anberaumt auf **Samstag den 19. Mai 1906, vormittags 10 1/2 Uhr**, vor dem Amtsgerichte hier, **Zimmer Nr. 5.**

Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts, **Zimmer Nr. 17**, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Freiburg, den 3. Mai 1906.
Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts:**
Mohr.

Schlusstermin.

N. 189. Nr. 5996. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Ernst Sella** in Freiburg i. B. ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin bestimmt auf **Dienstag den 29. Mai 1906, vormittags 9 Uhr**, vor dem Amtsgerichte hier selbst, **Zimmer Nr. 8.**

Freiburg, den 7. Mai 1906.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts IV:**
Hofmann.

Konkursverfahren.

N. 190. Nr. 3812 IX. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schlossermeisters **Heinrich Reinhardt**, zuletzt hier, jetzt an unbekanntem Orte, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf **Wittwoch den 30. Mai 1906, vormittags 11 Uhr**, vor dem **Gr. Amtsgerichte** hier selbst, **Alademierstraße 2 A, 2. St., Zimmer 13**, anberaumt.

Karlsruhe, den 8. Mai 1906.
Lhum,
Gerichtsschreiber des **Gr. Amtsgerichts.**

Bekanntmachung.

N. 191. Nr. 12846. Rastatt. Den Konkurs über das Vermögen des Schreiners **Stefan Bauer** in Ru a. Rh. betr.

I. Die Auslagen des Konkursverwalters werden auf 70 M. 45 Pf., dessen Honorar auf 370 M. und die Vergütung der Gläubigerauschussmitglieder:

1. Rechtsanwalt **Wömann** auf 10 M. 40 Pf.
2. Rechtsagent **Wlger** auf 5 M. — Pf.
3. Louis **Busch** auf 13 M. — Pf.

festgesetzt, letztere jedoch vorbehaltlich der Genehmigung der Gläubigerversammlung.

II. Termin zur Aufnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis, Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und Änderung der Gläubiger über die den Mitgliedern des Gläubigerausschusses zu gewährenden Vergütung wird bestimmt auf **Samstag den 9. Juni 1906, vormittags 10 Uhr.**

Gr. Amtsgericht II.
ges. **Paffenkamp.**
Dies veröffentlicht
der Gerichtsschreiber:
Hoch.

Konkursverfahren.

N. 192. Nr. 3823. Schopfheim. Durch Beschluss **Gr. Amtsgerichts** hier von heute wurde das Konkursverfahren über das Vermögen des **Guftav Teuffer**, Bademeisters in Schopfheim, nach Abhaltung des Schlusstermins aufgehoben.

Schopfheim, den 5. Mai 1906.
Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts:**
Schauer.

Bekanntmachung.

Die Vertretung des **Bahnhofs** in Heidelberg, hier Enteisungsverfahren betr.

Durch Allerhöchste Staatsministerialentscheidung vom 28. April 1906, Nr. 304, ist auf Grund des Enteisungsgegesetzes ausgesprochen worden:

1. dass für den neuen Bahnhof in Heidelberg die Lage des Bahnhofs und die Richtung der Bahn, wie solche in den offen gelegten Plänen dargestellt und in der Natur aus-

Bekanntmachung.

Die Vertretung des **Bahnhofs** in Heidelberg, hier Enteisungsverfahren betr.

Durch Allerhöchste Staatsministerialentscheidung vom 28. April 1906, Nr. 304, ist auf Grund des Enteisungsgegesetzes ausgesprochen worden:

1. dass für den neuen Bahnhof in Heidelberg die Lage des Bahnhofs und die Richtung der Bahn, wie solche in den offen gelegten Plänen dargestellt und in der Natur aus-

gesteckt sind, als festgestellt zu gelten haben;

2. dass die in der Anlage des Protokolls der Expropriationskommission vom 3. April d. J. bezeichneten Grundbesitzer verpflichtet seien, das Eigentum an den bezeichneten Grundstücken bzw. Teilen derselben in dem nach Quadratmetern annähernd angegebenen Flächenmaße zum Zwecke der Ausführung der neuen Bahnanlage gegen vorgängige Entschädigung an den **Gr. Eisenbahnfiskus** abzutreten;
3. dass bezüglich des Ertrages eingehender Straßentreden, der Herstellung und Unterhaltung neuer Straßen, Brücken und dergleichen durch die **Gr. Eisenbahnverwaltung** die Bestimmungen maßgebend seien, welche in dem zwischen dem **Gr. Eisenbahnfiskus** und der **Stadtgemeinde Heidelberg** abgeschlossenen Verträge enthalten sind;
4. dass eine Änderung des Planes — soweit sie nicht durch diesen Vertrag (Ziffer 3) bedingt ist — nicht statthaben habe.

Karlsruhe, den 3. Mai 1906.
Gr. Hof. Ministerium des Innern.
Schenk.

Bekanntmachung.

Aus der **Frau Anna Mone-Samma-Stiftung** in Karlsruhe sind für das Jahr 1906 an badische Landbesitzer beider christlichen Konfessionen folgende Beihilfen zu vergeben:

1. an 10 bedürftige, begabte und fleißige Knaben (6 katholische, 4 evangelische), welche die hiesige Kunstgewerbeschule, Baugewerbeschule oder eine andere der Ausbildung in einem gewerblichen Berufe dienende Anstalt des Großherzogtums Baden besuchen und zwar:
 - a. an 5 Knaben, deren Eltern nicht am Orte der Anstalt wohnen, je 400 M.;
 - b. an 5 Knaben, deren Eltern am Orte der Anstalt wohnen, je 150 M.;
2. an 10 bedürftige unbescholtene und fleißige Mädchen (6 katholische, 4 evangelische) zur Ausbildung als tüchtige Näherinnen, Kleidermacherinnen, Köchinnen oder in einer Haushaltungsschule und zwar:
 - a. an 5 Mädchen, je 300 M., an 5 Mädchen je 100 M., je nach dem Wohnorte der Eltern wie bei den Knaben (1 a und b oben).

Bewerbungen sind unter Anschluss der erforderlichen Nachweise (Schul-, Sitten- und Vermögenszeugnisse, Lehrverträge für Mädchen) spätestens bis **1. Juli d. J.** bei diesseitiger Behörde einzureichen. N. 201

Karlsruhe, den 2. Mai 1906.
Gr. Hof. Verwaltungshof.
Wirtz.

Kieser.

Stellenvergebung.

Nr. 9088. Die durch Beförderung des bisherigen Inhabers erledigte Stelle eines **Secretärs beim Stadtratsekretariat** (Gehaltsklasse V, Anfangsgehalt 2200 M., Zulage 200 M. nach je 2 Jahren, Höchstgehalt 3800 M. mit Aussicht auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung) soll **alsbald** besetzt werden.

Nur durchaus tüchtige Bewerber aus der Zahl der Aktiare wollen ihre Suche unter Anschluss von Zeugnissen binnen 14 Tagen beim Stadtratsekretariat einreichen. N. 66

Freiburg i. B., 30. April 1906.
Der Stadtrat:
Dr. Winterer.

Mörber.

Ruhholzersteigerung.

Gr. Hof. Forstamt Neustadt im **Bad. Schwarzwald** versteigert **Samstag den 19. Mai**, nachmittags 2 Uhr, im **Gaßhaus zum „Bären“** in **Tittsee** aus dem **Domänenwald** **Andersenhof** in **Wierthaler** (7 Kilometer von Station **Tittsee**):

N. 174
Fichten- und Tannenstämme: 9 II., 49 III., 308 IV., 513 V. Klasse, einige Alde, sowie 31 Ester **entrießenes Papierholz** II. Klasse (Fichten).
Domänenwaldgüter **Albrecht** in **Neustadt-Ebene** zeigt das Holz vor.

Gr. Hof. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Wir veröffentlichen am **Montag den 14. Mai d. J.** im **Gerätschaftenmagazin** (Eingang am **Küppurrer** **Eisenbahnübergang**), **vormittags halb 9 Uhr**, öffentlich gegen **Barzahlung**:

Verchiedene abgängige Geräte, als: Absteckstäbe, Aufsteigtritte, Bänke, Decken, Erdhöfel, Kästen, Aluminationslampen, Karren, Kisten, Kisten, Körbe, Möbel, Kassen, Ledertaschen, Leitern, Matten, Messarten, Pulver, Sägen, Spiegel, Stühle, Schäfte, Tisch, Trödellemente, Leberzüge, Uhren, Vorhänge, Degimalwagen, Wasserwagen, Winden usw. N. 142.2

Karlsruhe, den 3. Mai 1906.
Gr. Hof. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.